

Forum 1: Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa

Joachim Bischoff

Krise als Gefährdung der Europäischen Union und der Euro-Zone

Die schwere Weltwirtschaftskrise enthüllt schonungslos die Konstruktionsfehler und Defizite der Europäischen Union. Es zeigt sich jetzt, dass Europa seit der Auseinandersetzung um den neoliberalen Verfassungsvertrag unter Stressbedingungen faktisch nicht handlungsfähig ist. Der Vertrag von Lissabon, im Dezember 2007 unterzeichnet, entstand als konstitutionelles Gerüst der Europäischen Union nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags von 2004 durch Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden. Ein irisches Referendum verhinderte im Juni 2008 vorerst die Verwirklichung des Ersatzvertrags (die EU-PolitikerInnen setzten auf eine erneute Volksabstimmung 2009), und auch der tschechische Ratifikationsentscheid verzögerte sich.

Der Verfassungsvertrag stützte sich keineswegs auf eine einigende Vision. Die gewerkschaftliche und politische Linke lehnte diese Konvention ab, weil sie massive demokratische Defizite festschreibt, einen Auftrag für alle Mitgliedsländer zur Aufrüstung und Militarisierung fixiert und wirtschafts- und sozialpolitisch nicht neutral ist, sondern die neoliberale Konzeption der Deregulierung, Ausweitung des Marktes und damit der Zerstörung des sozialstaatlich geprägten Europas zum Ziel hat.

Europa verfügt zwar heute über eine gemeinsame Währung und die Institution der Europäischen Zentralbank (EZB), die sich in der Weltfinanzkrise als die entscheidenden Bastionen zur Verteidigung der Stabilität des Euro und internationaler Kreditbonität erwiesen haben. Durch die Jahrhundertkrise des Kapitalismus wird jedoch immer offensichtlicher, dass beides allein nicht ausreicht, um den gemeinsamen Markt und die europäische Integration zu behaupten oder gar weiterzuentwickeln. Ohne eine gemeinsame, und das heißt mindestens unter den Mitgliedern der Euro-Gruppe abgestimmte und koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, droht dem Euro und auch der EU eine so noch nicht da gewesene Gefahr für ihren Zusammenhalt, ja ihre Existenz.

Das Scheitern der Lissabon-Strategie

Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts hatten sich die Regierungen der Europäischen Union auf eine umfassende Politik der Modernisierung Europas zur führenden »wissengesellschaftlichen« Region der Welt verständigt: die Lissabon-Strategie. In einer Halbzeitbilanz stellte eine hochrangige Expertenkommission unter dem ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok zwar fest, dass die wesentlichen – gerade auch wettbewerbspolitischen – Ziele der Strategie nicht erreicht worden waren. Gleichwohl wurde deren Fortsetzung empfohlen. In einer Positionsbestimmung zur sozialpolitischen Agenda hielt die Kommission fest: »Ein soziales Europa in der globalen Wirtschaft: Arbeitsplätze und neue Chancen für alle«

so lautet die Devise der zweiten Phase der sozialpolitischen Agenda, die den Zeitraum bis 2010 abdeckt. Wie die Kommission in ihrer Mitteilung zur Halbzeitprüfung der Lissabonner Strategie ausführt, besteht die in der Verfassung verankerte Vision, die uns eint, darin, dass die Union »auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität« hinwirkt.« (Komm (2005) 30) Diese Strategie war in ihren zentralen Bausteinen eine – wie in der gegenwärtigen Krise enthüllt – Fehlkonstruktion:

- Die Lissabon-Strategie sollte die Konkurrenzfähigkeit Europas voranbringen. Was unter der Modernisierung des europäischen Sozialmodells betreiben wurde, läuft auf die Verfestigung der hohen Arbeitslosigkeit, der Öffnung der sozialen Sicherungssysteme für die Finanzmärkte und eine Verstärkung der sozialen Spaltung hinaus.
- Kristallisationspunkt der sozialen Auseinandersetzungen in den Mitgliedstaaten der EU war in der jüngeren Vergangenheit die Liberalisierung der Dienstleistungssektoren, darunter neben den Finanzdienstleistungen auch die Bereiche Verkehr, Gesundheit und der Umbau der Alterssicherungssysteme entlang dem 3-Säulen-Modell der Weltbank: öffentliche Pensionssysteme, die sukzessive auf Mindestsicherungsniveaus gestützt werden, betriebliche Rentensysteme und private Pensionsfonds. Auf diesem Politikfeld ist die Fehlentwicklung am deutlichsten feststellbar – im Dreiklang: Verlängerung der Lebensarbeitszeit (inkl. Einschränkung von Vorruhestandsregelungen), Abkoppelung der Alterssicherungsniveaus von der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums (und der Erwerbseinkommen, d.h. Senkung der Rentenniveaus), Ausbau privater Alterssicherungssysteme. Insgesamt ist mit dieser Politik selbst ein zentraler Beitrag zur Dominanz der Finanzmärkte und deren gleichzeitiger Deregulierung geleistet worden.

Die Lissabon-Strategie ist angesichts der Krise definitiv gescheitert. Es findet keine selbstkritische Bilanzierung statt, sondern die falsche Politik soll mit einer verstärkten Kraftanstrengung umgesetzt werden.

Gefährdung der Währungsunion

Die globale Finanz und Wirtschaftskrise führt zu tiefgreifenden Spannungen zwischen den Euro-Ländern. Erstmals seit der Euro-Einführung werden Anleihen aus Griechenland, Irland, Spanien, Italien und Portugal mit erheblichen Risikoaufschlägen belegt. Sogar das ökonomisch gewichtige EU-Mitgliedsland Frankreich muss für seine Staatspapiere mehr bezahlen als Deutschland. Sollte eines der Mitgliedsländer in massive Zahlungsbilanzprobleme geraten, wäre es nur ein weiterer Schritt zur Beschädigung der Währungsunion und des politischen Integrationsprozesses.

Die Zinsdifferenzen zwischen den Ländern, die so genannten »Spreads«, sind »ein Gegenstand ernster Besorgnis«, warnt Europakommissar Almunia. Auch Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker, zugleich Chef der Euro-Finanzminister, spricht von einer »wachsenden Beunruhigung«. Und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück fürchtet, dass die Kluft zwischen einzelnen Ländern noch größer wird: »Ich glaube nicht, dass der Trend gestoppt ist.« Die Ratingagentur Standard & Poor's

hat jüngst die Kreditwürdigkeit Griechenlands, Portugals und Spaniens herabgestuft und Irland unter verschärfte Überwachung gestellt.

Erstmals könnte die gemeinsame Währung gefährdet sein. Die Weltwirtschaftskrise ist eine schwere Prüfung für das historische Experiment – 16 Staaten, die ihre Währung teilen, ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik jedoch strikt trennen. »Selbst besonnene Leute denken darüber nach, ob ein Euro-Mitglied wie Griechenland zahlungsunfähig wird«, sagt der renommierte US-Ökonom Barry Eichengreen. Von der Insolvenz eines Mitgliedsstaates ist es nur ein kleiner Schritt zum Austritt aus dem Euro-Gefüge und zum Zusammenbruch der Währungsunion.

Bei der EZB wischt man diese Befürchtungen vom Tisch. Die Gegenargumente: Es wären nicht nur enorme ökonomische Kosten zu schultern, da die Staatsschuld in Euro aufgenommen ist und (durch die Abwertung der nationalen Währung) im Wert wachsen würde. Der Euro-Austritt dürfte auch zum Austritt aus der Europäischen Union führen. Das wäre ein riesiges politisches Problem, das kein Land in Kauf nehmen würde.

Gleichwohl: Die Risikoaufschläge für Staatsanleihen zeigen, dass die Märkte die ökonomischen Potenziale der Mitgliedsländer unterschiedlich bewerten. Die »Spreads« sind dafür die Symptome. Die Mitgliedsstaaten entwickeln sich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit immer weiter auseinander. Das erschwert es der EZB, für sich auseinander entwickelnde Länder und Wirtschaftsräume eine einheitliche Geldpolitik zu machen. Auch der Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Strauss-Kahn, fordert daher von den Euro-Staaten »mehr Kooperation in der Wirtschaftspolitik«. Sonst sei »die Stabilität der Währungszone in Gefahr«.

In der aktuellen Krise können die Risikoaufschläge in die Höhe schießen und es für ein Land wie Griechenland unmöglich machen, sich zu refinanzieren. Der EG-Vertrag enthält eine No-Bailout-Klausel, dass die anderen Länder nicht für die Schulden des insolventen Mitglieds aufkommen müssen. Dennoch gehen fast alle Wirtschaftspolitiker davon aus, dass die anderen Euro-Staaten die Zahlungsunfähigkeit oder gar den Austritt eines notleidenden Mitglieds nicht zulassen würden. »Wenn die Regierungen weltweit beschlossen haben, dass sie keine systemisch relevante Bank mehr pleite gehen lassen, dürften sie wohl auch handeln, um die Pleite eines Industriestaats zu verhindern«. Doch hier lauert schon die nächste konstitutionelle Krise der EU.

Die schwarz-rote Bundesregierung hat schon in den zurückliegenden Jahren mit einer Politik der Absenkung der Arbeitseinkommen und der Sozialtransfers eine Linie des Wettbewerbsvorteils in der EU verfolgt und betrachtet seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gemeinsame Abwehrpositionen mit Skepsis. In Berlin fürchtet man, dass die No-Bailout-Klausel ausgehebelt wird und Deutschland im schlimmsten Fall einen Euro-Pleitestaat nach dem anderen mit Steuergeldern retten muss. Deshalb lehnen deutsche Finanzpolitiker jede EU-Hilfe für einen gefährdeten Staat entschieden ab. Allenfalls koordinierte bilaterale Hilfen einiger Staaten sind vorstellbar. Eine solche Rettungsaktion müsse verbunden sein mit einem Einsatz des IWF, der dem Land die bekannten Strukturreformen wie Senkung der Staatsausgaben, Einkommenskürzungen, Zurückfahren von Sozialprogrammen diktiert. In Island, Lettland und Ungarn wird das so praktiziert.

Einen Vorstoß der EU-Kommission, die Problematik der Risikoaufschläge durch die Ausgabe gemeinsamer Euro-Staatsanleihen zu lösen, hat der deutsche Finanzminister Steinbrück zurückgewiesen. Die Bundesrepublik Deutschland werde

nicht eine Verschlechterung der Konditionen für deutsche Staatsanleihen in Kauf nehmen. Die Zinsen würden für die Euro-Problemstaaten zwar sinken, für Deutschland aber steigen und so Mehrkosten für den Bundeshaushalt in Milliardenhöhe verursachen.

Nach der Erweiterung nun die West-Ost-Spaltung?

Ganz in diesem Sinne ist auf einem der Wirtschaftskrise gewidmeten informellen Gipfeltreffen Anfang März 2009 von den Staats- und Regierungschefs der EU die Forderung nach einem Sonderfonds für Osteuropa abgelehnt worden. Ungarn hatte vorgeschlagen einen speziellen Hilfsfonds für Mittel- und Osteuropa einzurichten. Stattdessen wollen die großen Mitgliedstaaten angesichts der unterschiedlichen Lage der einzelnen Staaten bei Bedarf von Fall zu Fall die bestehenden Hilfsinstrumente anwenden. Ungarn hatte im Vorfeld ein Papier mit konkreten Vorschlägen für ein spezielles Hilfsprogramm für Mittel- und Osteuropa in Umlauf gebracht. Tenor: Diese Region sei überproportional von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen; wenn man nicht handle, könne eine »zweite Runde« systemischer Zusammenbrüche drohen. Zur Abhilfe wird ein multilaterales »europäisches Stabilisierungs- und Integrationsprogramm« vorgeschlagen, zu dem auch ein vom IMF, von verschiedenen EU-Institutionen und EU-Staaten gespeister Fonds von bis zu 190 Mrd. € gehöre soll. Daraus sollen unter anderem Liquiditätshilfen und Kapitalspritzen an Banken finanziert werden. In dieser Positionsbestimmung wird eine raschere Integration in die Euro-Zone von Staaten vorgeschlagen, die das Programm erfolgreich umsetzen.

Obwohl sich neun EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa unmittelbar vor dem EU-Gipfel zu einem »Mini-Gipfel« trafen, fand der Vorschlag selbst in diesem Kreis kaum Beifall. Dahinter dürfte nicht zuletzt die – selten offen ausgesprochene – Furcht stehen, von Anlegern und Analysten noch stärker als bisher in einen Topf geworfen zu werden.

»Osteuropa« wird im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wiederholt als Krisenherd genannt, von dessen Problemen eine Gefährdung für die gesamte europäische Konstruktion ausgehen könne. Die Staaten in der Region weisen jedoch große Unterschiede auf. Dass es in der uneinheitlichen Landschaft Mittelosteuropas Staaten gibt, denen es derzeit nicht gut geht, ist kaum zu bestreiten; auch nicht, dass die Ukraine, Lettland und Ungarn, die alle Finanzhilfe des Internationalen Währungsfonds (IMF) in Anspruch nehmen mussten, zu den weniger stabilen Teilchen dieses Puzzles gehören. Doch auch aus der Ukraine beispielsweise sind Klagen zu hören, in der Beurteilung durch Medien und Investoren werde den Fundamentaldaten der Wirtschaft zu wenig Beachtung geschenkt. Man wisse, dass man massive Probleme habe, doch einige Risiken, etwa die Wahrscheinlichkeit eines Staatsbankrotts, würden erheblich überzeichnet.

Die europäischen Regierungschefs beauftragten die EU-Finanzminister, die Situation in Kooperation mit der EU-Kommission zu überwachen und nötigenfalls Maßnahmen zur Unterstützung von Staaten mit vorübergehenden Ungleichgewichten auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang begrüßten sie das kurz vor dem Regierungstreffen von der Europäischen Investitionsbank (EIB), der »Osteuropabank« EBRD und der Weltbank angekündigte Hilfspaket von 24,5 Mrd. Euro, bleiben damit aber vollständig in der Logik von kurzfristigen Nothilfemaßnahmen. Nur wenige Tage später beteuerte EU-Währungskommissar

Almunia vor einem Brüsseler Think-Tank, dass im Falle ernster Probleme eines Euro-Staates die Euro-Zone helfen könnte, bevor er sich wegen Zahlungsschwierigkeiten an den IMF wenden müsste.

Zugleich bestätigten die Staats- und Regierungschefs, die staatliche Unterstützung von Mutterbanken dürfe keine Beschränkungen für die Tätigkeiten von Tochtergesellschaften in anderen EU-Staaten implizieren. Damit kommen sie der Befürchtung einiger Osteuropäer entgegen, mit den Staatshilfen an Banken könnte sich der Druck verbinden, die Sanierungsarbeiten auf Kosten ausländischer Töchter auf den Heimmarkt zu konzentrieren. Viele große Banken in Mittel- und Osteuropa gehören westeuropäischen Finanzinstituten.

Ein Politikwechsel ist nötig

Das Drama der EU ist: Sie hat nicht die politischen Mehrheitsverhältnisse und den dementsprechenden politischen Willen, um gegen die Krise anzusteuern. Und sie verfügt nicht über die entsprechenden wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente. Es ist einfach lächerlich, in dieser tiefsten Krise seit den 1930er Jahren Verfahren gegen die Verletzung des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuleiten: gegen Irland, Spanien, Griechenland, Italien, Portugal, Frankreich, und im kommenden Jahr Deutschland und voraussichtlich auch Österreich, dessen Banken stark im Osteuropageschäft verstrickt sind. Und doch entspricht dies weiterhin der Auffassung der politischen Mehrheitsklasse, leitet sie doch davon ab, wie die Finanzmärkte die Bonität der einzelnen Staaten beurteilen.

Die gewerkschaftliche und politische Linke muss auch in Europa einen tiefgreifenden Politikwechsel durchsetzen. Wir brauchen eine Sanierung und Reproportionierung des Finanzsektors, eine kohärente Politik zur Sicherung der Realökonomie sowie eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells. Alle drei Aufgaben stellen eine große Herausforderung dar.

Mit der Konzeption der Deregulierung, Privatisierung von sozialer Sicherung und öffentlichen Dienstleistungen sowie dem Übergang zur Marktsteuerung lassen sich solche Zielsetzungen nicht erreichen. Ein Kurswechsel in Richtung der Stärkung des europäischen Binnenmarktes unterstellt die Veränderung der überlieferten Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Lohnarbeit. Durch die Lissabon-Strategie hat die Europäische Union den Entwicklungspfad des rheinischen Sozialstaatskapitalismus verlassen und sich der Konzeption des angelsächsischen Aktionärs- oder Vermögenskapitalismus angeschlossen. Mit Deregulierung und Privatisierung wurde die Entwicklung in Richtung der Vorherrschaft der leistungslosen Vermögenseinkommen verstärkt. Die Finanzkrise und die Abwärtsspirale der Ökonomie hat den Bankrott dieser europäischen Strategie offenkundig werden lassen.

Eine europäische Erneuerung kann nicht bei einer Sanierung des Finanzsektors stehen bleiben, wengleich dies der erste Schritt ist. Es gilt die Demokratisierung ausgehend vom Unternehmen, auch auf die Verteilung und die Kontrolle der Finanzmärkte zu erstrecken. Die kapitalistische Gesellschaft muss einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Die Eckpfeiler eines zukunftsfähigen Europas sind:

- Eine Kehrtwende in der Verteilungspolitik: Wir brauchen eine wirksame Besteuerung der Kapital- und Vermögenseinkommen; zur Erhöhung der

Masseneinkommen ist eine koordinierte und europaweit angelegte Tarifpolitik notwendig; es müssen in allen Mitgliederländer Mindestlöhne, eine bedarfsorientierte Mindestsicherung und Mindestrenten durchgesetzt werden, die das sozialkulturelle Existenzminimum sowie Lebensstandardsicherung gewährleisten.

- Die angemessene Ausstattung der öffentlichen Finanzen ermöglicht öffentliche Investitionen, ein ausreichendes Angebot öffentlicher Dienstleistungen und die Rekonstruktion eines öffentlichen und gemeinnützigen Sektors.
- Damit eine Wiederholung des neoliberalen Rollback ausgeschlossen ist, muss eine demokratische Unternehmensverfassung mit verbindlichen Mitbestimmungs- und Beteiligungsrecht festgelegt werden.
- Unter diesen Voraussetzungen lässt sich eine Struktur- und Industriepolitik zur Entwicklung vernachlässigter Regionen entwickeln.

Dies ist eine ganz andere Vision von einer zukünftigen Gesellschaftsordnung als jetzt in der Konvention festgeschrieben. Wir treten daher für die Ablehnung der Verfassung und eine umfassende Demokratisierung der gesellschaftlichen Willensbildung ein.